

Meldungen

zusammengestellt von Dirk Geilen

Dürrekatastrophe

In den letzten Wochen und Monaten hat in vielen Regionen des Landes die anhaltende Dürre zu einer existenzbedrohenden Situation für Millionen von Menschen geführt. Besonders hart betroffen sind die nordwestlichen Bundesstaaten Rajasthan und Gujarat, aber auch Distrikte des zentral im Süden gelegenen Andhra Pradesh. Hier wie in den nördlichen Regionen sind Menschen und Vieh von akuter Trinkwasserknappheit betroffen. Hinzu kommt, daß Ernten zerstört bzw. gefährdet und viele Bauern in ihrer Existenzgrundlage bedroht sind. Das im dritten Jahr in Folge von der Dürre heimgesuchte Rajasthan wurde wieder einmal von der Trockenheit besonders hart getroffen. Für viele

Menschen bedeutete das Verlassen ihrer Heimat oft die einzige Möglichkeit, an Trinkwasser zu gelangen.

In einer nationalen Ansprache Ende April verkündete Premierminister A.B. Vajpayee die Bereitstellung nationaler Gelder, um den betroffenen Regionen zu helfen: Trinkwasser sowie Viehfutter wurden per Eisenbahn und Lastwagen dorthin geschafft.

Die Regierung mußte bezüglich ihres Krisenmanagements jedoch Kritik einstecken: So habe diese viel zu spät eingegriffen, obwohl sich die prekäre Lage in vielen Distrikten bereits vor Monaten angekündigt hätte.

Der international angesehene Agrarwissenschaftler M.S. Swaminathan bezeichnete in einem Interview des Nachrichtenmagazins 'Frontline' vom 9. Juni die nationalen Aktivitäten "bestenfalls

als ad hoc eingeleitete Feuerwehrrmaßnahmen". Von Nöten sei zukünftig jedoch - so der Wissenschaftler - eine "nationale, langfristig angelegte Politik zum Management von Dürren".

Bei der Ursachenforschung für die krisenhafte Zuspitzung bleibt festzuhalten, daß die ausgebliebenen bzw. unzureichenden Monsunniederschläge nicht ausschließlich für die Situation in einigen Regionen verantwortlich gemacht werden können. Auch wenn einige Gebiete vom letztjährigen Südwestmonsun unzureichend versorgt wurden, hat dieser insgesamt die durchschnittliche Menge an Niederschlag gebracht. Die Ursachen für die auftretende Wasserknappheit müssen u.a. in der ständig steigenden Wasserentnahme und der zunehmenden Versalzung der Böden gesehen werden.



In weiten Teilen Nordindiens sorgte die Dürre für großes Leid. Trinkwasser für die Bevölkerung mußte von weit her angeliefert werden. Es bildeten sich lange Warteschlangen vor den Ausgabestellen (Foto: N. Srinivasan)

Präsident Narayanan in China

Beim einwöchigen Staatsbesuch des indischen Präsidenten K.R. Narayanan in China vom 28. Mai — 3. Juni hat sich die tendenziell positive Entwicklung der sino-indischen Beziehungen des letzten Jahrzehnts fortgesetzt.

Narayanan unterschrieb u.a. ein Abkommen zur Einsetzung einer Gruppe herausragender Persönlichkeiten, 'Eminent Persons' Group' (EPG), die das bilaterale Verhältnis zwischen den beiden Staaten auf allen Ebenen verbessern soll. Bei den Gesprächen Narayanans mit allen Spitzenpolitikern des Landes wurden auch kontroverse Fragen angesprochen, so die Rolle des Dalai Lama in Indien, die kürzliche Flucht des Karmapas aus Tibet oder die noch immer offenen Fragen an der sino-indischen Grenze. Die besonders heikle Frage der beiderseitigen nuklearen Bedrohung jedoch wurde ausgeklammert.

Zwischenzeitlich hatte sich das Verhältnis zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Welt durch die indischen Atomtests im Mai 1998 erheblich abgekühlt. Damals hatte der indische Premierminister A.B. Vajpayee eine von China ausgehende Gefahr als Begründung für die Atomtests genannt; Verteidigungsminister George Fernandes blies ins gleiche Horn und bezeichnete China als Feind Nr. 1. Die kurze Eiszeit wurde aber bereits durch den Besuch des Außenministers Jaswant Singh im Juni 1999 beendet, der auf Einladung seines chinesischen Amtskollegen den 50. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten beging und Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen unterschrieb.

Narayanan selbst kennt China aus seiner Zeit als Botschafter in Peking. 1976 war er der erste Abgesandte Indiens, nachdem der Posten seit dem Grenzkrieg der beiden Länder 1962 verwaist war. Er hatte nicht unerheblichen Anteil daran, daß Rajiv Gandhi 1988 eine Normalisierung der Beziehungen zu China einleiten konnte.

Neem-Patent widerrufen

Anfang Mai hat das Europäische Patentamt das Patent zur Nutzung des Neem-Baum-Öls widerrufen. 1994 war einem US-Unternehmen sowie dem Landwirtschaftsministerium der USA ein Patent auf ein Fungizid aus Samen des indischen Baumes erteilt worden. Zur Begründung erklärte das Europäische Patentamt, daß das Neem-Öl in Indien seit Jahrhunderten gegen Pflanzenschädlinge verwendet werde und dem Patent daher die notwendige Neuheit und "erfinderische Tätigkeit" fehle. Das

Patentamt gab mit dieser Entscheidung Protesten von indischen Wissenschaftlern und Organisationen statt, welche die "Neem"-Patentierung seit Jahren als Diebstahl bezeichneten.

Bereits 1997 war Indien erfolgreich gegen die US-amerikanische Patentierung von Gelbwurz (Haldi) vorgegangen. Zur Zeit bereitet die indische Regierung einen Einspruch gegen die Patentierung von gentechnisch verändertem Basmati-Reis durch das texanische Unternehmen RiceTec vor.

Gen-Baumwolle zugelassen

Nach einer Anfang Mai getroffenen Entscheidung der Regierung darf die vom amerikanischen Konzern Monsanto gentechnisch veränderte Baumwollsorte

"Bt Cotton" in Indien angepflanzt werden. Mit dieser Zulassung wird somit zum ersten Mal transgenisch verändertes Saatgut in Indien zugelassen. Die veränderte Sorte soll die Pflanze vor dem Befall durch Schädlinge schützen. Die Befürworter verweisen zudem auf die wirtschaftlichen wie ökologischen Vorzüge des neuen Saatguts und betonen, daß keinerlei Gefahr durch die veränderte Baumwollsorte zu befürchten sei.

Bauernverbände und Umweltaktivisten, unter ihnen Vandana Shiva, protestieren gegen die Einführung von Bt Cotton und klagen gegen den indischen Partner von Monsanto, Mahyco, wegen dessen vermeintlich ungesetzlicher Feldversuche. Das Urteil des Obersten Gerichts steht noch aus. Radikale



Der indische Präsident wird mit militärischen Ehren bei seinem Eintreffen in China begrüßt
(Foto: N. Ram)

Gegner hatten in der Vergangenheit wiederholt die Versuchsfelder von Mahyco im indischen Süden zerstört.

Cricket im Kreuzfeuer

Der indische Nationalsport Cricket ist durch jüngst bekannt gewordene Spielabsprachen und kriminelle Machenschaften in eine tiefe Krise geraten. Ins Rollen kam die Affäre, nachdem der Kapitän der südafrikanischen Mannschaft, Hansie Cronje, in einem Verhör in Indien Manipulationen eingestand. Für den Gegenwert von 40.000 US-Dollar hatte er einem zwielichtigen Buchmacher die Niederlage seiner Nationalmannschaft im anstehenden Länderspiel zugesagt. In den letzten Jahren hatten sich die Gerüchte gehäuft, daß der "Gentleman-Sport" in vielen Cricket spielenden Nationen zunehmend von Korruption geprägt ist. So wurden 1998 bereits zwei der bekanntesten australischen Spieler wegen Manipulationen schuldig gesprochen. Doch niemand wollte so recht glauben, daß sich die hochbezahlten Sportler zu Spielabsprachen hinreißen lassen würden.

Für den moralischen Verfall wird die Einführung eintägiger Cricket-Spiele verantwortlich gemacht. Diese hätten die Attraktivität und Kommerzialisierung der Sportart und damit die Anfälligkeit für Korruption vorangetrieben. Das klassische Spiel hingegen erstreckt sich über fünf Tage.

Die indischen Fans zeigen sich tief enttäuscht über die Spielabsprachen ihrer Idole und äußern ihren Unmut selbst in Demonstrationen; Zeitungen und Journale räumen dem Thema einen großen Raum ein und neben Buchmachern und Kriminellen geraten auch Politiker sowie Filmschauspieler ins Kreuzfeuer der Kritik. Die mittlerweile als "Hansiegate" bezeichnete Affäre macht selbst vor den großen Helden des indischen Cricket-Sports wie Sachin Tendulkar, Kapil Dev oder Mohammed Azharuddin nicht Halt.

Neue Massaker in Bihar

Der seit Jahren von Kasten- und Landkonflikten heimgesuchte nordindische Bundesstaat Bihar kommt nicht zur Ruhe. Am 16. Juni überfielen Mitglieder der hochkastigen Privatarmee 'Ranvir Sena' das Dorf Miapur im Distrikt Aurangabad und töteten 34 Einwohner, darunter 14 Frauen und sechs Kinder. Das Massaker war gemäß einem Bekennerschreiben der 'Ranvir Sena' die Vergeltung für den Tod von 12 Angehörigen hochkastiger 'Bhumihars' wenige Tage zuvor. Seit Jahren bekämpfen sich die Privatarmee der landbesitzenden 'Bhumihars' auf der einen und die als

Naxaliten bezeichneten Linksextremisten auf der anderen Seite. Seit Mitte März haben dabei schon 76 Menschen ihr Leben verloren. Die Naxaliten ihrerseits haben Rache für Miapur angekündigt - ein Ende der Gewaltspirale in Bihar ist nicht in Sicht.

Beim Überfall auf das Dorf durchkämten rund 100 Bewaffnete der 'Ranvir Sena' Haus für Haus und töteten alle Bewohner. Zu den einzigen Überlebenden gehörten einige Männer, die in die nahegelegenen Felder flüchten konnten.

Wie das indische Nachrichtenmagazin 'Frontline' in seiner Ausgabe vom 7. Juli berichtet, sind unter den Opfern der 'Ranvir Sena'-Morde zum ersten Mal Angehörige der Yadav-Kaste. Zu dieser gehört auch der Vorsitzende der regierenden 'Rashtriya Janata Dal' (RJD) und ehemalige Ministerpräsident Laloo Prasad Yadav. Die Opposition im Bundesstaat forderte aufgrund der bürgerkriegsähnlichen Zustände in Bihar erneut die Absetzung der erst im März eingesetzten Regierung von Laloos Ehefrau Rabri Devi und die Direktverwaltung durch die Zentrale in New Delhi. Laloo seinerseits machte die Opposition um die BJP für die Gewalt im Land mitverantwortlich.

Die Zentrale wird nach Mitteilung des Premierministers keine Schritte zur Absetzung der Regierung in Bihar einleiten. Innenpolitisch bleibt die Lage für Laloo und Rabri Devi dennoch angespannt. In den nächsten Wochen wird sich das Ehepaar wegen diverser Korruptionsklagen vor Gericht verantworten müssen.

Neue Gewaltwelle gegen Christen

Bei einer Serie von Bombenanschlägen auf christliche Kirchen im Mai und Juni sind in den Bundesstaaten Andhra Pradesh, Goa und Karnataka Dutzende von Personen verletzt worden. Auch in Uttar Pradesh, Haryana und Punjab kam es in den letzten Wochen wiederholt zu Übergriffen gegen Angehörige der christlichen Minderheit.

Damit scheint sich eine zweite Welle der Gewalt anzukündigen. Die erste hatte ihren traurigen Höhepunkt mit dem Mord am australischen Missionar Staines und seinen beiden Söhnen im Januar letzten Jahres. Nach Angaben der christlichen Menschenrechtsorganisation 'United Christian Forum for Human Rights' (UCFHR) kam es zwischen Januar und Juni des Jahres zu 35 dokumentierten Gewaltverbrechen gegen Christen. Dabei kam es u.a. am 7. Juni zum Mord an Bruder George Kuzhikandam in Mathura/Uttar Pradesh. Nach Angaben der zuständigen BJP-Landesregierung und einem Team der 'National Minorities Commission' (NMC)

handelt es sich bei den Übergriffen in Uttar Pradesh um kriminelle, nicht politisch motivierte Übergriffe. Auf diesem Standpunkt steht auch die Regierungspartei BJP. Premierminister Vajpayee garantierte dem Papst bei einer Audienz während seines offiziellen Besuchs in Italien Ende Juni erneut die Sicherheit aller Minderheiten in Indien.

Für die Bombenanschläge macht die BJP hingegen den pakistanischen Geheimdienst 'Inter-Services Intelligence' (ISI) verantwortlich. Polizeiexperten wie auch Vertreter unabhängiger Menschenrechtsorganisationen bezweifeln diese Urheberschaft. Sie beschuldigen radikale Hindu-Organisationen der sogenannten 'Sangh Parivar'. Gleichzeitig richten sie ihre Vorwürfe an die Regierung und insbesondere an die BJP, welche diese neuerliche Gewalt gegen die christliche Minderheit dulde und der Aggression nicht mit den gebotenen Mitteln Einhalt gebiete. Christliche Führer kritisieren, daß das problemlose Drucken und Weiterverbreiten kommunalistischer Literatur - besonders in den BJP-geführten Bundesstaaten - Haß zwischen den Gemeinschaften sähe.

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht, daß auf eine Moschee in Guntur, in der Nähe Hydabads, ebenfalls ein Bombenanschlag verübt wurde. Eine Person wurde verletzt, als der mit einem Zeitzünder versehene Sprengkörper detonierte. Die Behörden gehen davon aus, daß es sich um denselben Täter handelt. Als Reaktion auf den Anschlag zogen daraufhin rund 150 jugendliche Muslime durch die Stadt und setzten Busse und Geschäfte in Brand.

Der Durst der großen Städte - Wasserprobleme in den Metropolen des Südens; Seminar vom 29. September bis 1. Oktober 2000 des Arbeitnehmerszentrum Königswinter (AZK), Johannes Albers Allee 3, 53639 Königswinter. Seminarleitung: Dr. Thomas Hoffmann/Südasiensbüro. Weitere Informationen beim AZK, Tel. 02223-73161.